

**„Alte Länder, neue Länder - Das Ende der Solidarität?
Die Zukunft des Länderfinanzausgleichs in Deutschland“.**

Eine Diskussionsveranstaltung der deutschen Nationalstiftung und der Bundesbank- Hauptverwaltung für Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Rahmen einer bundesweiten Veranstaltungsreihe der Deutschen Gesellschaft e.V. mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft am 15. 09. 2015 in Hamburg.

Der als Hauptredner erwartete Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, **Olaf Scholz**, musste wegen des zeitgleichen Flüchtlingsgipfels der Bundeskanzlerin ganz kurzfristig absagen, ebenso wie der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums, Herr Jens Spahn, der schon auf dem Wege nach Hamburg gewesen war.

Was tun? Von seinem Schreibtisch weg eilte der langjährige Finanzreferent der Freien und Hansestadt Hamburg und Mitherausgeber des Jahrbuchs für öffentliche Finanzen, Herr **Dr. Matthias Woisin** den Veranstaltern zu Hilfe – und wurde vor ca. 150 interessierten Gästen zum Star des Abends. In freier Rede, sachkundig und humorvoll erläuterte er eingängig die vielfältigen Finanzströme zwischen Bund und Ländern und die Bedeutung einer funktionierenden Staatsverwaltung, wobei er auch Matthias Erzberger zitierte, den „Vater“ des in weiten Teilen bis heute geltenden Steuersystems von 1919.

Das System und die im Gegensatz zur öffentlichen Diskussion überraschend geringe Größenordnung des Länderfinanzausgleichs wurden deutlich:

Im Jahr 2014 hatten Bund, Ländern und Gemeinden 644 Mrd. Euro Steuereinnahmen, davon 462 Mrd. als Gemeinschaftssteuern mit unterschiedlicher Aufteilung:

- Körperschaftsteuer: Bund und Länder je 50%
- Einkommensteuer: Bund und Länder je 42,5%, Gemeinden 15%
- Umsatzsteuer: Bund 53%, Länder 45%, Gemeinden 2%.

Horizontal wird dann die Steuerkraft der Länder untereinander mit einem Umsatzsteuervorgewegausgleich nach vereinbartem Schlüssel angeglichen und dann erst folgt eine weitere Angleichung durch den „Länderfinanzausgleich“ nach Finanzkraft je Einwohner – und nicht nach Ausgabenwünschen.

Das waren 9 Mrd. Euro im Jahr 2014 – neben den deutlich größeren Finanzströmen zwischen Bund und Ländern in Form von Bundesergänzungszuweisungen und weiteren Leistungen.

Vor dem Hintergrund des Auslaufens des Solidarpakts II geht es ab 2020 also eher um Symbole der Solidarität unter den strukturell sehr verschiedenen Ländern, insbesondere im Osten Deutschlands. Es geht um Kompromisse, um politische Optik und die Angleichung aus historischen Gründen verschiedener Start- und Wettbewerbschancen.

Das war die Grundlage einer hochklassigen, von **Andreas Dey** vom Hamburger Abendblatt klug und einfühlsam moderierten Podiumsdiskussion mit der Parlamentarischen Staatssekretärin des

Bundeswirtschaftsministeriums und Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder, Frau **Iris Gleicke**, deren sachlich und persönlich überzeugender Appell für eine nationale Solidarität der Länder auch 25 Jahre nach der deutschen Einheit das Publikum sofort überzeugte.

Ein sehr informativer und gleichwohl kurzweiliger Abend zu einem nur scheinbar trockenen Thema unseres Staatswesens und unserer Nation und zugleich ein seltener Blick in das Innere der staatlichen Organisation, wo hoch qualifizierte Beamte das reibungslose Funktionieren unseres Staates sicherstellen.